

Medienmitteilung 17/2014

Thema	Regierungsrat verweigert sich der Transparenz (Beantwortung der Interpellationen 14.121-123 Leistungsanalyse)
Rückfragen	Barbara Portmann-Müller, Tel. 062 891 27 23; E-Mail: barbara.portmann@grunliberale.ch
Absender	Grünliberale Partei Aargau, Postfach 2855, 5001 Aarau eMail: ag@grunliberale.ch www.ag.grunliberale.ch
Datum	04.09.2014

Die Grünliberalen wollten vom Regierungsrat eine Übersicht, welche Verwaltungseinheiten durch das Sparpaket wie stark, absolut und relativ zu ihrem Budgetanteil, betroffen sind. Der Regierungsrat hat diese Fragen nicht beantwortet – vermutlich wohlwissend, dass diese Antwort die Befürchtung der GLP nach einer übermässigen Belastung von Umwelt, Landwirtschaft und Bildung unterstrichen hätte. Die Grünliberalen werden daher diese Fragen nochmals stellen, um für die Volksabstimmung Transparenz herzustellen.

Die Grünliberalen teilen die Absicht des Regierungsrats nach einem ausgeglichenen Staatshaushalt und stellen sich nicht gegen das Ansinnen, das geplante Entlastungsziel zu erreichen. Mit der Umsetzung zur Erreichung dieses Ziels zeigen sich die Grünliberalen jedoch nicht einverstanden.

Die Fraktion der Grünliberalen hat am 3. Juni 2014 drei Interpellationen zur Leistungsanalyse eingereicht. Gewisse Fragen konnten beantwortet werden, insgesamt zeigen aber die Antworten des Regierungsrats, dass die Leistungsanalyse doch deutliche Mängel aufweist.

Die Auswirkungen auf Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt müssen in jeder Botschaft erläutert werden. In der nun vorliegenden Botschaft zur 2. Beratung wird lediglich erwähnt, dass sich gegenüber der ersten Beratung nichts geändert habe. Im Bereich Umwelt wurden aber sämtliche Massnahmen, die möglicherweise eine äusserst kleine positive Wirkung erzielt hätten, vom Grosse Rat gestrichen. Der Umweltbereich leidet unbestrittenermassen unter den Sparmassnahmen, Der Regierungsrat hat diese Thematik jedoch, entgegen unserer Aufforderungen, in der Botschaft verschwiegen.

Es freut die Grünliberalen, dass von der unsinnigen Idee der Kompensationspflicht innerhalb derselben Organisationseinheit abgesehen wird. Dass sich der Regierungsrat aber weigert, gewisse in der Interpellation 14.121 gestellte Fragen zu beantworten, geht deutlich zu weit. So verweigert der Regierungsrat die Übersicht über die Sparmassnahmen gemäss Frage 5 "Welche Einheit wird mit dem Sparpaket wie stark (absolut sowie prozentual zu ihrem Budgetanteil)?" sowie der Frage 6 "Welche Bedeutung kommt dabei dem Kostendeckungsgrad zu?". Gerade die Antworten zu diesen Fragen liessen erst eine übergeordnete Beurteilung der Sparmassnahmen zu: Wer hat nichts beigetragen? Weshalb nicht? Ist das Paket ausgewogen geschnürt oder belastet es gewisse Bereiche ungebührlich stark gegenüber andern, welche verschont werden?

Zum Kostendeckungsgrad steht interessanterweise „Zur Verstärkung des Verursacherprinzips und des Kostendeckungsprinzips umfasst die Leistungsanalyse deshalb in Bereichen mit einer deutlichen Kostenunterdeckung auch Massnahmen, die eine Gebührenanpassung vorsehen.“ Das Kostendeckungsprinzip scheint also wichtig zu sein. Der Regierungsrat wollte jedoch auch hier keine weitergehenden Antworten liefern, weil ausgerechnet Abteilungen mit hohem Kostendeckungsgrad übermässig betroffen sind.

Die Grünliberalen werden am nächsten Dienstag die unbeantworteten Fragen nochmals per Interpellation einreichen und vermutlich Dringlichkeit beantragen. Weiter haben sie die Datenherausgabe beantragt, um die vergleichende Analyse über die Aufgabenbereiche hinweg selbst vorzunehmen und mit der hoffentlich auf die neue Interpellation folgenden Antwort zu vergleichen.

Das Volk wird über die Leistungsanalyse abstimmen müssen. Es hat das Recht auf Transparenz und soll ohne weiteres erkennen können, welche Verwaltungsbereiche wie stark durch die Leistungsanalyse belastet werden.